

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Marktversagen in den neuen Bundesländern?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1991) : Marktversagen in den neuen Bundesländern?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 4, pp. 158-159

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136740>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Marktversagen in den neuen Bundesländern?



Hans-Hagen Härtel

Der durch den Systemwechsel und den Mangel an Wettbewerbsfähigkeit verursachte Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft ist noch wesentlich breiter und tiefer ausgefallen, als es selbst Pessimisten befürchtet hatten, und ein Ende der Talfahrt ist noch nicht in Sicht. Ende März war der Anteil der Arbeitslosen und Kurzarbeiter an der Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland fünfmal so hoch wie im alten Bundesgebiet. Angesichts der euphorischen Erwartungen, welche die wirtschaftliche und staatliche Einigung in der Bevölkerung der neuen Bundesländer zunächst ausgelöst hatte und die von Politikern auch gefördert wurde, hat die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung nicht nur Ernüchterung, sondern auch Entmutigung hervorgerufen.

Sozialer Konfliktstoff droht sich zwischen Ost und West überdies anzuhäufen, weil viele ostdeutsche Einwohner den Eindruck haben, daß allein der Westen die ökonomischen Vorteile der Einigung einstreiche, während sich umgekehrt die westdeutsche Bevölkerung durch den massiven Finanztransfer als Lastenträger sieht. Schließlich besteht die Gefahr, daß sich die Enttäuschung in einem Vertrauensverlust nicht nur gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung niederschlägt. Vielfach wird die Entwicklung in Ostdeutschland schon als Beleg dafür gewertet, daß man die wirtschaftliche Erneuerung in den neuen Bundesländern nicht den Marktkräften überlassen dürfe, sondern staatliches Handeln geboten sei.

Bevor man sich die These des Marktversagens zu eigen macht, sollte man prüfen, inwieweit vom Staat und von den Tarifvertragsparteien überhaupt die Voraussetzungen geschaffen worden sind, unter denen der Markt genügend Arbeitsplätze bereitstellen könnte. Bekanntlich sind die ostdeutschen Löhne durch die Umstellung am 1. Juli 1990 im Verhältnis eins zu eins auf die D-Mark und durch die anschließenden kräftigen Anhebungen weit über das Niveau aufgewertet worden, mit dem die ostdeutsche Wirtschaft am Weltmarkt konkurrieren könnte.

Inzwischen haben die Tarifvertragsparteien in zahlreichen Branchen die schrittweise Anhebung auf das westdeutsche Tariflohniveau vereinbart. In der Metallindustrie soll die Angleichung z. B. im Jahre 1994 erreicht werden. Da die Löhne in der ehemaligen DDR nach Einführung der D-Mark rund ein Drittel der westdeutschen Verdienste betragen, bedeuten diese Vereinbarungen eine Verdreifachung der Reallöhne innerhalb von vier Jahren. Ein solcher Einkommenssprung ist beispiellos in der Wirtschaftsgeschichte. Sollten diese Löhne am Markt erwirtschaftet werden, dann müßte die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern in diesem Zeitraum um mehr als 30 Prozentpunkte schneller als in den alten Bundesländern steigen. Und sollten zu diesen Löhnen alle Erwerbspersonen Arbeit finden, dann müßte das reale Sozialprodukt mehrere Jahre jährlich um ein Drittel steigen. Niemand hält solche Steigerungsraten auch nur im entferntesten für erreichbar.

Es kann auch kein Ökonom Rezepte liefern, mit denen eine solche Zielvorgabe erreicht werden könnte. Der normale Entwicklungsweg für eine Volkswirtschaft, die gegenüber den führenden Industrieländern einen so großen Rückstand hat wie die ostdeutsche, ist der Versuch, über den Preis den Absatz zu halten oder den Einstieg in neue Märkte zu finden. Dieser Weg ist nun

weitgehend verschlossen. Übrigens ist auch das sogenannte „Wegbrechen“ der osteuropäischen Märkte nicht nur ein exogenes Ereignis, sondern auch die Folge der Überbewertung ostdeutscher Erzeugnisse. Für die osteuropäischen Kunden sind Produkte aus ostdeutscher Erzeugung schlicht unerschwinglich oder gegenüber westlichen Produkten unattraktiv geworden.

Mit der schnellen Angleichung der Verdienste verfügt die ostdeutsche Wirtschaftsregion auch nicht mehr über das wichtigste „natürliche“ Instrument, mit dem sie ihre durch Infrastrukturmängel bedingte Standortchwäche ausgleichen könnte. Man sollte sich deshalb nicht darüber beklagen, daß die Bereitschaft westlicher Investoren zum Engagement in den neuen Bundesländern zu gering ist, sondern sich eher darüber wundern, daß das Engagement so groß ist. Es ist aber zu befürchten, daß insbesondere in der Industrie nur ein kleiner Teil der Erwerbspersonen zu den vereinbarten Bedingungen einen Arbeitsplatz erhalten wird. Viele Arbeitskräfte werden ihren Lebensunterhalt zu Löhnen unterhalb des Tariflohnes oder ohne festes Arbeitsverhältnis verdienen müssen. Viele, insbesondere junge und qualifizierte Arbeitnehmer werden im Westen einen Arbeitsplatz suchen; dem steht ein anhaltender massiver Finanztransfer nach Osten gegenüber, der allerdings zum großen Teil der Finanzierung von Arbeitslosigkeit dienen wird.

Angesichts dieser Perspektiven ist es um so dringlicher, daß die Standortschwächen der ostdeutschen Region möglichst rasch beseitigt werden. Hier erweist sich derzeit aber das Fehlen einer leistungsfähigen Verwaltung als wesentlicher Engpaß. Ohne eine funktionierende Administration werden die strittigen Eigentumsfragen nicht entschieden, stockt der Ausbau der Infrastruktur, verzögern sich Genehmigungsverfahren, werden Aufträge an heimische Produzenten nicht vergeben und können finanzielle Hilfen nicht in Anspruch genommen werden.

Die Gründe für die schleppende Beseitigung dieses Engpasses liegen jedoch nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Der ostdeutschen Bevölkerung wurde mit der wirtschaftlichen und staatlichen Einigung ein für sie fremdes Rechts- und Wirtschaftssystem aufgestülpt, das zu den kompliziertesten in der Welt gehört und das ein komplexes, arbeitsteiliges und aufeinander abgestimmtes Entscheidungs- und Informationssystem erfordert, das sich in Westdeutschland allmählich entwickeln konnte. Statt über eine „Steueroase“ für die neuen Bundesländer hätte man über eine „Regulierungsoase“ diskutieren sollen.

Vieles von dem Regulierungsdickicht in der Bundesrepublik ist das Ergebnis von marktwidrigen Eingriffen, die gemäß der „Ölflecktheorie“ immer weitere Eingriffe nach sich ziehen. Ein jüngstes Beispiel hierfür lieferte nach der staatlichen Einigung der Bundesarbeitsminister.

Im Einigungsvertrag war vorgesehen, daß westdeutsche Pharmazeutika von den ostdeutschen Krankenkassen nur zu 45 % der westdeutschen Preise bezahlt werden. Als dann die Pharmahersteller lehrbuchgerecht die Lieferung zu diesen Preisen verweigerten, kam es auf Vorschlag der westdeutschen Pharmaindustrie zu einem „Kompromiß“, wonach sich Arzneimittelhersteller, Großhandel und Apotheken an der Finanzierung der Defizite der ostdeutschen Krankenkassen beteiligen würden. Wer von diesem „Konsens“ hörte, ahnte schon, daß dieses Zugeständnis die westdeutsche Lobby nicht viel kosten würde. Das Ergebnis: Die „freiwillige“ Beteiligung des Arzneimittelgewerbes an den Krankenkassendefiziten soll nach dem Umsatz in Ostdeutschland umgelegt werden. Die Folge: Da die ostdeutschen Pharmahersteller nach wie vor den größten Marktanteil haben, müssen sie die Hauptlast tragen, obwohl ursprünglich nur westdeutsche Unternehmen gemeint waren.

Letztlich ist Blüms Vorgehen die Folge davon, daß das System der gesetzlichen Krankenversicherung nicht marktgerecht ist. Anstatt das Übel an der Wurzel anzugehen, begnügt man sich mit dem Kurieren von Symptomen. Herauszukommen droht eine Regelung, die die Existenz der ostdeutschen Pharmahersteller bedroht.

Es ist allgemein akzeptiert, daß der Zusammenbruch in Ostdeutschland letztlich auf das Versagen des SED-Staates zurückzuführen ist. Es darf jetzt nicht aus den Augen verloren werden, daß für die Verzögerung bei der Erneuerung der Wirtschaft nicht Fehler des Marktsystems, sondern des politischen Systems verantwortlich sind.